

das etwa der  
aber konnte er  
ungen beschrän-  
kung einer Nähe  
in deren Nähe  
Grund dieser  
Sillen auf die  
nach die Hütte  
er Baum aber  
Verwendung zu  
Forschung rech-  
bekannte und  
Wunderbaum  
eine Gegend  
vorhanden.

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Albrechtsheim, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Eiche, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pöthen, Stauditz, Threna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtkreises zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr  
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mh.  
ohne Illustration, Post einfach der Postgebühren Mh.  
1/2 jährlich Mh.  
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher  
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6seitige Korpuszelle 12g., auswärts Mh. Umbilicher Teil Mh.  
Reklamezelle Mh. Beilagegebühr pro Hundert Mh.  
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erhebungstages,  
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.  
Bestellungen werden von den Ausdrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Sünz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Gemeindeamt Naunhof Nr. 2.

Nummer 149

Freitag, den 16. Dezember 1921

32. Jahrgang

### Amtliches.

Die Wahl der Vertrauensmänner und Erwahlmänner für die Angestelltenversicherung findet für die im Stimmbezirk D im Wohlkreise der Amtshauptmannschaft Grimma (umfassend den Bezirk der Landkrankenkasse Naunhof) wohnhaften Stimmberechtigten statt.

Sonntag, den 18. Dezember 1921 von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Gesellschaftszimmer des Ratskellers zu Naunhof statt.

Wahlberechtigt von den Angestellten sind volljährige, also über 21 Jahre alte Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts.

Der Wahlberechtigte darf sein Stimmrecht nur in dem Stimmbezirk, in dem er wohnt, ausüben. Als Ausweis zur Wahlberechtigung dient die Versicherungskarte. Es dürfen nur solche Versicherungskarten als Ausweis dienen, in denen wenigstens ein Beleg vor innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Wahl nachgewiesen ist.

Die zur Abstimmung erforderlichen Umschläge sind im Wohlraum bei der Wahl zu entnehmen.

Für die Arbeitgeber findet keine Wahl statt.

Im übrigen wird auf die in den Nummern 257 und 289 der Nachrichten für Grimma erschienenen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma hingewiesen.

Naunhof, am 14. Dezember 1921.

### Der Wahlvorsteher.

Für das Rechnungsjahr 1921 (1. April 1921 bis 31. März 1922) wird ein 2. Termin Gemeindegrundsteuer und zwar in Höhe von 2 Mh. je Grundsteuerinheit erhoben. Der Termin wird am 2. Januar 1922 fällig und ist innerhalb 4 Wochen an die hiesige Stadtsteuerabnahme, Lange Straße 1, Zimmer 14 zu entrichten.

Steuerzettel werden nicht wieder zugelassen. Bei der Bezahlung ist der bereits für dieses Jahr behändigte Gemeindegrundsteuerzettel oder das Steuerquittungsbuch vorzulegen.

Naunhof, am 14. Dezember 1921. Der Bürgermeister.

### Städtische Sparkasse Naunhof.

Wegen des Rechnungsabschlusses bleibt die hiesige Sparkasse für Einlagen und ungekündigte Rückzahlungen vom

19. bis 31. Dezember 1921 geschlossen.

Einlagen auf neue Sparkassenbücher können auch während dieser Zeit bewirkt werden.

Hypothekenzinsen werden an jedem Werktag angenommen.

Sparkassenlagen werden mit 3%, % verzinst.

Tägliche Verzinsung.

Naunhof, am 29. November 1921.

### Die Sparkassenverwaltung.

#### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Reichsregierung hat an die Pariser Völkervereinigung eine Note gerichtet, worin Regulierung und Ertrag der durch die polnischen Auflände verursachten Schäden gefordert wird.

\* Die Krankenversicherungsgrenze soll nach einem dem Reichstage zugegangenen Gesetz bis zu einem Einkommen von 40 000 Mark herausgesetzt werden.

\* Der Dollar notierte an der Berliner Mittwochbörsse 176 M.  
\* Das vierjährige Abkommen (Amerika, England, Frankreich, Japan) zur friedlichen Regelung aller Fragen des Stillen Ozeans ist im Washington unterzeichnet worden.

### Aus eigener Kraft?

Leser und unbeschreiblicher als je ist das Geheimnis, daß augenblicklich über den Plänen der deutschen Regierung im Hinblick auf die wichtigste gegenwärtige Frage, die Regelung unserer Zahlungswirtschaftlichkeit an die Entente, liegt. Der Reichskanzler hatte in Aussicht gestellt, daß er nach der Rückkehr Dr. Rathenau von London wohl in der Lage sein würde, einige wichtige neue Mitteilungen über die Behandlung dieses Problems zu machen, er hat sich aber nun doch auf ganz wenige Worte für die Öffentlichkeit beschränkt, aus denen beim besten Willen nichts tatsächlich Neues entnommen werden kann. Besonders an der Börse, wo man mit erfährlicher Spannung auf die angekündigten Mitteilungen des Kanzlers wartete, ist man daher sehr recht enttäuscht und zieht den Schluss, der Kanzler habe nichts sagen wollen, weil er überhaupt nichts zu sagen gehabt habe.

Die Mitteilung des Kanzlers, daß der Gesetzesentwurf über die Kreditvereinigung des Gewerbes eine geeignete Grundlage bilden könne, auf der Deutschland an der Regelung seiner Zahlungswirtschaftlichkeit mitzuwirken imstande wäre, verschließt das Schwergewicht des ganzen Problems wieder nach unserer Seite, nachdem wochen-

lang die Aussicht bestanden hatte, daß eine ausländische Aktion, sei es nun in Gestalt einer Anleihe, eines Zahlungsaufschubes oder anderweitiger Vereinbarungen unter den Verbündeten zum Zwecke einer Herabsetzung der deutschen Leistungen den Mittelpunkt der Neuregelung bilden würde. Ob Dr. Rathenau in London die Zusage einer Anleihe oder eines Mortoriums erhalten hat, ist heute noch das Geheimnis einiger ganz weniger Einzelheiten, zu denen nicht einmal sämliche Reichsminister zählen. Nur soviel weiß man, daß wenn eins von beiden der Fall sein sollte, dann so schwerwiegende Bedingungen daran geknüpft sind, daß der praktische Wert eines solchen Zugeständnisses außerordentlich herabgemindert wird. Vor allem scheint festzustehen, daß irgendwelche Erleichterungen, die wir vom Auslande zu erwarten hätten, noch nicht für die nächste große Zahlung vom 15. Januar in Wirklichkeit treten würden, sondern voransichtlich frühestens für die übernächste Zahlung am 15. Februar. Nun besteht zwar in Regierungskreisen eine gewisse Zuversicht, daß man denjenigen Teil der Januarrate, der bis jetzt noch nicht durch Devisenbestände gedeckt ist, aus eigener Kraft aufbringen könne. 500 Millionen sollen gezahlt werden, und es heißt, daß davon noch rund 150 Millionen fehlen. Ob es aber möglich sein wird, durch eine Anwendung des vom Reichswirtschaftsamt soeben gutgeheuerten Gesetzeswurfs über die Kreditvereinigung diese Riesensumme in so kurzer Zeit flüssig zu machen, wird stark bezweifelt, und es bleibt dann nur übrig, auf die Goldreserven der Reichsbank zurückzugreifen. Das wäre aber eine Maßnahme, die zweifellos sehr ungünstig auf den Stand der Währung zurückwirken müßte, denn jede Schwächung der an sich schon so überaus geringen Golddeckung unserer Papiergeldsflut entwertet natürlich die deutsche Mark noch stärker. Deshalb ist man bisher auch vor diesem letzten Schritt immer zurückgeschreckt.

In Regierungskreisen werden darüber hinaus auch politische Maßnahmen von größerer Tragweite erwogen, so z. B. wird der Plan der Erweiterung der Regierungsbasis, wie immer in kritischen Momenten, wieder in den Vordergrund gestellt; denn wenn man die Garantien erfüllen will, die von Seiten der Entente selbst für eine kurzfristige Anleihe verlangt würden (daß deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen und das Defizit bei der Post und der Eisenbahn zu beseitigen), dann wäre eine Reihe eingreifender gesetzlicher Maßnahmen in aller Eile geboten. Neue Meldungen aus Paris sprechen allerdings davon, daß Deutschland eine internationale Anleihe von einer Milliarde Dollar mit Zustimmung der Alliierten demnächst erhalten sollte, die mit 7 Prozent verzinst und innerhalb 50 Jahren zurückgezahlt werden soll. Das wäre also der langfristige Kredit, den wir brauchen. Daneben wird weiter berichtet, daß England bereit sei, auf einen Teil seiner Ansprüche an Deutschland zu verzichten, wenn auch Frankreich sich zu einem solchen Verzicht entschließen könnte. In allen diesen Fällen handelt es sich jedoch nur um unverbindliche Mitteilungen der ausländischen Presse, auf die wir in unserer bedrängten Lage keine Häuser bauen können.

Das Gesamtbild stellt sich daher im Augenblick so dar, daß bei den politischen Parteien und bei den großen Gewerkschaften die allergrößten Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Ausbringung der Januarrate aus eigenen Mitteln vielleicht noch zu ermöglichen. Zugleich müssen aber auch die politischen Verhandlungen nach dem Auslande nunmehr mit allergrößter Energie auf eine Revision des Zahlungspfanes gerichtet sein, denn, wenn tatsächlich der 15. Januar noch keine Katastrophe bringen sollte, so dürfte dann wohl volle Klarheit darüber bestehen, daß Deutschland aus eigener Kraft den Zusammenbruch dann nicht mehr aufhalten kann.

#### Aushebung der Ausfuhrabgaben?

Gerüchte verlaufen aus London, daß man dort Erwägungen anstelle, ob die 6prozentige Ausfuhrabgabe, die Deutschland zu leisten hat, auf die Dauer halbtarif sei. Angeblich soll Dr. Rathenau in London erfahren haben, daß man auf diese Abgabe vielleicht verzichten werde. Auch heißt es weiter, daß Dr. Rathenau bald wieder in das Reichskabinett eintreten werde. Solche Meldungen eilen offenbarlich nur herabwärts aus dem Reichskabinett der bayerischen Volkspartei zugegangen, der eine Änderung des Einkommensteuergesetzes, eine Erleichterung in dem angedeuteten Sinne und einige andere Erleichterungen verlangt. Die Grenze, bis zu der die Steuer 10 Prozent des steuerbaren Einkommens beträgt, soll nach diesem Entwurf von 24 000 auf 40 000 Mark erhöht werden.

Von dem 40 000 Mark übersteigenden Einkommen sollen an Steuern entrichtet werden für weitere angefangene oder vollständige 10 000 Mark 15 Prozent, für weitere 40 000 Mark 20 Prozent. Dann steigt die Steuerung von 35 Prozent in verschiedenen Stufen für weitere 200 000 Mark bis zu 55 Prozent, falls das Einkommen um eine Million über 40 000 Mark hinausgeht und um 60 Prozent für höhere Beträge. Bisher betrug die Steuer für die Beträge über 24 000 Mark hinaus von den ersten 6000 Mark 20, von den folgenden 5000 Mark 25, von den nächsten 5000 Mark 30, dann wieder für 5000 Mark 35, für eine weitere Stufe von 5000 Mark 40, für die nächsten 70 000 Mark 45 und für die folgenden 80 000 Mark 50 Prozent.

Die Erhöhungen für den Steuerpflücker selbst und die Ehefrau sollen verdoppelt, aber nur bei Einkommen bis zu 40 000 Mark gewährt werden; die Kinderermäßigung dagegen soll bis zu Einkommen von 100 000 Mark bestehen bleiben. Zugunsten der Rentner ist eine stärkere Anrechnung der Kapitalertragsteuer auf die Einkommensteuer vorgesehen. Die gesamte Einkommensteuer, nicht nur die Lohnsteuer, soll für das Kalenderjahr (statt des Rechnungsjahrs) veranlagt und erhoben werden. Der Gesetzesvorschlag wird augenblicklich im Steuerausschuß des Reichstages durchberaten.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Die Erhöhung der Tabaksteuer.

Im Reichstagsausschuß für die Verbrauchssteuern wurde auf einen Antrag des Zentrums die Steuer für die teuren Zigarren auf 1,20 für das Stück bei einem Preise von 3 Mark, mit einem Aufschlag von 20 Pfennig für das Stück bei einem Preise von 50 Pfennig und mehr festgesetzt. Für Zigaretten soll die Steuer bei einem Preise von 50 Pfennig oder mehr 25 Pfennig für das Stück betragen und mit einem Aufschlag von 5 Pfennig für je 10 Pfennig mehr im Preise. Der Schuhzoll für den inländischen Tabak wurde auf 60 Mark für den Rentner angezeigt.

#### Schutz der Republik.

Dem Reichskabinett liegt der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik vor. Wie Oberrechtsanwalt Ebermeyer im Prozeß gegen v. Sagow und Genossen mitteilte, umfaßt der Entwurf zwei Teile. Der erste Teil hat das Reichsstrafrechbuch den gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnissen anzugeleichen und setzt daher eine Anzahl Bestrafungen ganz oder zum Teil außer Kraft. Der zweite Teil behandelt die strafrechtliche Sicherung des Schutzes des Reichspräsidenten sowie der Verfassung und bringt eine Ergänzung und Erweiterung des Hochverratsprozesses.

#### Die Regelung der Schäden in Oberschlesien.

Die deutsche Regierung hat am 13. Dezember durch die deutsche Botschaft in Paris den Völkervereinigung eine Note übergeben, in der die alliierten Mächte erachtet werden, eine baldige Regulierung derjenigen Schäden einzuführen, die während der Belagerung seit in Oberschlesien durch die verschiedenen polnischen Aufstände entstanden sind. In der Note wird die Erwartung ausgesprochen, daß von Seiten des Obersten Rates nunmehr umgehend Maßnahmen getroffen werden, um den geschädigten Deutschen einen Ersatz für die erlittenen Verluste zuteilen zu lassen.

#### Kürzung unberechtigter Ruhe- und Wartegelder.

Es ist als unzulässig empfunden worden, daß pensionierte frühere Reichs- oder Staatsbeamte u. a. ihre volle Pension weiter beziehen, wenn sie inzwischen größere Einnahmen aus Privatdiensten oder eigenen Geschäften beziehen. Jetzt ist dem Reichstag ein Pensionskürzungsgesetz zugegangen. Danach ruht bei Beamten, die mit Wirkung vom 1. April 1920 oder von einem früheren Zeitpunkt dauernd oder einstweilen in den Ruhestand versetzt oder unter Verlassung des vollen Gehalts vom Amt entfernt sind, bei einem Arbeitsentnahmen von mehr als 10 000 Mark, das Recht auf den Bezug des Zeuerungsaufschlags und des Aufschusses zum Ruhegehalt oder Wartegeld bis zur Höhe von 50 Prozent des 10 000 Mark übersteigenden Betrages. In gleicher Weise ruht bei den am oder nach dem 1. April 1920 in den Ruhestand versetzten Beamten das Recht auf den Bezug des Zeuerungsaufschlags und nach dessen Wegfall auf den Bezug der Hälfte des Ruhegehalts. Ähnliche Vorschriften gelten für die abgefundenen Militärpersonen.

#### Deutsche Rheinpolizei.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die deutsche Rheinpolizei zugelassen, die den polizeilichen Sicherheitsdienst auf dem Main von Höchstädt bis zur Mündung in den Rhein und auf dem Rhein von der Mainmündung bis zur niedersächsischen Grenze ausübt. Der Dienstbereich der Rheinpolizei untersteht der Leitung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Den 27 Beamten der Rheinpolizei ist leichte Bewaffnung (d. h. mit Pistole und Säbel, wie den Polizeibeamten in den Städten) zugestanden worden.

#### Optionsrecht für Deutsche in Danzig.

Da die polnische Regierung es ablehnte, irgendwelche Anordnungen zu treffen, hat die Danziger die Frage des Optionsrechts (der Entscheidung für eine Nationalität) selbständig geregelt. Personen, die von dem Optionsrecht für Deutschland Gebrauch machen, müssen in den nächsten

1. 1922  
freunden!  
8 Uhr Stern.  
ehrerhaft.  
1922  
re Bieden  
ge geben  
Preis.  
sal!  
e n. Stern.  
ndsr. Rein  
Große woh  
vertl. Nut Ge  
einl. Böh  
ankfurterl. 2.  
chen  
sowie alle Arten  
zellen und Haus  
den beim Münzen  
er eden  
npferd-  
efel-Seife  
Co., Radebul  
rog. v. Parfümerie

Wollt Monaten ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen. Es sieht Ihnen frei, daß unbewegliche Gut, das Sie im Gebiete der Freien Stadt Danzig besitzen, zu behalten. Sie können Ihr gesamtes bewegliches Gut mitnehmen. Es wird dafür keinerlei Ausfuhr- oder Einfuhrzoll erhoben. Es wird angenommen, daß Deutschland diese Bestimmungen anerkennt.

Krankenversicherungsgrenze 40 000 Mark.

Dem Reichstag ist ein von allen Fraktionen unterzeichnetes Gesetzentwurf über Versicherungspflicht, Versicherungsberichtigung und Grundlohn in der Krankenversicherung zugangen, der die Einkommensgrenze für die Versicherung auf 40 000 Mark erhöht. Der Entwurf sieht weiter eine Steigerung der Höchstbeträge für den Grundlohn vor, wobei darauf hingewiesen wird, daß das bisher gewährte Krankegeld völlig unzureichend war. Der gesetzliche Höchstbetrag soll von 24 auf 40 und der satzungsmäßig zulässige von 30 auf 80 Mark hinausgezogen werden.

### Ungarn.

X Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Nationalversammlung nahm den Gesetzentwurf über die Kavallerie an. Der Gesetzentwurf sieht die Verminderung des Heeres auf 35 000 Mann vor, schafft die allgemeine Wehrpflicht ab und verzögert die Ergänzung des Heeres im Wege der freiwilligen Meldung.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Berneben nach ist als Nachfolger des nach Kopenhagen berufenen bisherigen deutschen Gesandten in Wien, des Herrn v. Rosenburg, der Zentrumstreitigkeitsabgeordnete Dr. Pleissner in Aussicht genommen worden.

Berlin. Im Hauptausschuß des Reichstages beantragte Abg. Rödder (Zent.) die Erhöhung des Gehalts für den Reichspräsidenten auf 300 000 Mark und der Aufwandsgelder auf 400 000 Mark. Der Ausschuß beschloß demgemäß.

Berlin. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde bei Behandlung des Gesetzes des Reichskriegsministeriums mitgeteilt, daß 42 Kriegsgesellschaften bereits in Liquidation seien und nur 7 noch in Tätigkeit.

Berlin. Der deutsche Gesandte in Georgien, Ulrich Rauscher, wird einen längeren Urlaub antreten. Gleichzeitig wird die Frage erworben, ob auch unter den neuen Verhältnissen in Georgien weiterhin eine Vertretung notwendig sei.

Dresden. Das vor einiger Zeit gegen den sächsischen Justizminister Fleischer von der Staatsanwaltschaft eingetretene Ermittlungsverfahren wegen Aussöhnung zur Gewalt in verschiedenen Fällen ist auf Auordnung des Generalstaatsanwalts eingestellt worden.

Paris. Anhänger von Essad Pasha haben die Regierung von Utman in Albanien gestürzt. Man befürchtet Konflikte zwischen Nationalisten und italienischen Elementen.

Südlich. Der Bundesrat hat weitere sechs Personen, die dem Exkoffer Karl nahestehen, ausgewiesen bzw. ihnen das Betreten der Schweiz verboten.

### Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht

Leipzig, 14. Dezember.

Nächst der Amnestiefrage, die durch die Aussage des früheren Ministers Schisser dahin gelöst wurde, daß zwar die Partei führt, die zwischen Lüttwitz und der Regierung verhandelten, nicht aber Schisser selbst eine Amnestie in Aussicht gestellt hatten, interessierte von den leichten Zeugenaussagen am meisten die Vernehmung des Generals Maeder über seine Vermittlungsaktion. Er war es, unter dessen Schutz sich die Reichsregierung von Berlin nach Dresden und dann nach Stuttgart begab und er verbarg sich von der Kapp-Regierung unter dem Befehl, die Mitglieder des Kabinetts Bauer zu verhaften. Er hat auch mit Kapp und Lüttwitz in Berlin verhandelt und sah deren Unternehmung von vornherein als gescheitert und aussichtslos an. Deshalb riet er auch sofort die freilich vergebliche Aussöhnung an sie, unverzüglich zurückzutreten. Man gewann den Eindruck, daß er dem Gedanken einer militärischen Intervention zur Erzwingung von Neuwahl nicht gerade ablehnend gegenüberstand, aber schon bei früherer Gelegenheit hat er sich gegen einen Putsch und gegen Kapp als Führer ausgesprochen.

In die Berliner Vorgänge zurück führten die Aussagen der Zeugen Geheimrat Dörs und Ministerialdirektor Meister, von denen der eine auf Seiten Kapp's, der andere unter seinen Gegnern zu finden ist. Ihre Aussagen beweisen, daß das Kapp-Unternehmen an der Beamtenchaft einen unüberwindlichen Widerstand fand, obwohl die Arbeiter in den Ministerien sozusagen unter Protest fortgeschritten wurden. Die Aussöhnung der Kappisten von der Rechtslage wurde durch eine Erzählung des Staatssekretärs Albert beleuchtet, dem gegenüber Zagow sich auf das „Recht des 9. November“ berief, um das Eindringen in die Reichskanzlei zu begründen. Als kennzeichnende Episode sei schließlich die vergebliche Verlück Kapp's erwähnt, vom Reichsbankdirektor Havenstein 10 Millionen Mark aus der Reichsbank ausgezahlt zu bekommen. Weder im guten noch im bösen war dieser zu bewegen, den Abgesandten Kapp's die verlangten Gelder auszuhändigen.

### Verhandlungsbericht.

(Siebenter Tag) Leipzig, 14. Dezember.

Eine sehr zurückhaltende Aussage, nach der die meisten Teilnehmer am Kapp-Putsch nur eine Art „stille Teilnahme“ gewollt seien, machte am Vorlage der früheren Warter Dr. Traub, dem das Kultusministerium von Kapp angeboten wurde, der aber nicht zur Übernahme dieses Postens kam, sondern nur kurze Zeit als Pressesekretär amtsierte. Amtsame Einzelheiten aus dem Verlauf jener bewegten Tage wußte ein anderer der vier fürstlichen Preßchefs, der Zeuge Hochbauwalt Bredereck, zur Beweisaunahme beigezogen. Er war dabei, als Kapitäneleutnant Chörner am ersten Morgen zu Kapp flogte. Die Regierung hat Berlin verlassen. Herr Generalbaudirektor, übernehmen Sie die Regierung, aber

fangen Sie auch gleich mit dem Regieren an!

Bei dem Betreten der Reichskanzlei, so erklärte Bredereck, war es charakteristisch, daß Kapp sich an den Kopf sah und rief: „Herr Gott, wo ist denn Schmidler, wenn ich Schmidler nicht habe, kann ich nicht regieren!“ (Sturmische Heiterkeit). Dann trug ich Kapitäneleutnant Lenz, der mir erklärte: „Ich bin jetzt Preßchef, ich verstehe aber davon nichts, kommen Sie doch mit.“ Als die gesamte Presse verboten wurde, wandte sich Bredereck an den Oberstleutnant von Kessel, der die Polizeigewalt über Berlin hatte. Dieser erklärte ihm kurz und bündig: „Ich habe das Erscheinen der Presse verboten, damit das Publikum nicht beunruhigt wird. Alles fehlt Sie um, die Sache ist erledigt, die Presse erkennt nicht.“

Wie wenig vorbereitet waren die Buben des Kapp-Putsches im Berlin stand, ergab sich aus den Aussagen des ersten Zeugen am siebten Tage, des damaligen Oberbürgermeisters Dominicus von Berlin-Schöneberg. Dieser hat vom Einmarsch überhaupt nichts bemerkt und erklärte, daß keineswegs die Mehrheit der Berliner auf Seiten Kapp's gestanden habe. Die Eisenbahner beschlossen vielmehr alsbald den Generala-

ufstand. Es gelang zu Rüttwitz und Kapp und segnete ihnen auseinander, welche Folgen ein Generalstreik haben müsse. Das machte auf Kapp ständig erheblichen Eindruck. Aber wenn auch Kapp die Möglichkeit seines eigenen Rücktritts nicht ohne Weiteres von der Hand wies, so folgte er den Vorstellungen des Beuges schließlich doch nicht und blieb zunächst an seiner Stelle.

Der frühere Finanzminister Dr. Südelum,

der trotz seiner Zugewandtheit zur Sozialdemokratie den Zengen mit der religiösen Formel leistete, erfuhr von dem Besuch erst am Vormittag des 13. März. Er berichtete: „Als ich sah, daß eine kleine Schat von Bewaffneten sich dem Finanzministerium näherte, verließ ich das Ministerium durch eine andere Tür, allerdings nicht ohne für

die Sicherheit der preußischen Staatsgelder

Sorge zu tragen. Denn ebenso gut, wie ein Bewaffneter in meiner Wohnung meine Frau, meine Kinder und das Dienstmädchen mit einem Revolver bedroht hatte, konnten die Herren ja auch einen Überfall auf die Post beabsichtigen. Mit Geheimrat Dörs wollte Südelum keineswegs über einen Eintritt Kapp's in die Reichsregierung verhandeln, weil Dörs als Zeuge befürchtete hatte, sondern Südelum hat Dörs vielmehr auf die schweren Folgen und Konsequenzen aufmerksam gemacht, die das Kapp-Unternehmen auch für die damals bestehende Abstimmung in Schleswig-Holstein haben müßte. Er hat ihm gesagt, daß man ein Verbrechen am Volke begebe, und daß nicht abzusehen sei, was sich daraus an Mord und Totschlag entwickeln könnte. Zwei Tage später, so berichtet Südelum weiter, wurde der Bruder Geheimrat Dörs von meutierenden Horden erschlagen. Über die Verhandlung mit Kapp und Dominicus, an der auch Südelum teilnahm, sagte der letztere aus: Lüttwitz glaubte, den Widerstand der Eisenbahner brechen zu können, wenn er einen Teil ihrer Führer an die Wand stellte.

In der Reichskanzlei war nach diesen Zeugenaussagen auch General Lüttwitz anwesend. Südelum und Dominicus wurden von Kapp zum Eintritt in seine Regierung aufgefordert, was sie natürlich ablehnten. Die Spur führte bald zu Südelum zurück, aber es war unmöglich, die ausgezeichnet bewaffneten Chörner-Truppen aus Berlin zu verdrängen. Gwar hatte man den Generalstreik begonnen, aber dieser trug an die Wand stellte.

begannen sich auch die Kommunisten zu regen, obwohl das früher bestritten worden ist, und als ein Gericht die Kappisten hingestellt wurde. Zur Amnestiefrage bestätigte Südelum, Schisser habe nie gefragt, daß er die Beugnis hätte, eine Amnestie zu gewähren. Vielmehr erklärte er nur, er werde sich im Kabinett darüber einsetzen, daß eine Amnestie in Erwägung gezogen werde. Erst als der Streik der Gewerkschaften zum Generalstreik hinzugeworden sei, habe der Widerstand, den Lüttwitz gegen den Rücktritt leistete, gebrochen werden können. Als Verbündete Kapp's bezeichnete Südelum die Generale Budendorff und Wriesberg, dagegen nennt er Jagow einen Führer der Bewegung. Mit einer einzigen Ausnahme, nämlich der des Herrn von Lüttwitz, der sich nur eine Viertelminute stark fühlte, als er zwölf Arbeiterschäfer an die Wand stellen wollte, befand sich

die ganze Gesellschaft auf dem Rückzug.

Die Reichsregierung verhandelte gar nicht, sondern wollte aus Opportunitätsgründen den Übergang verhindern, ohne Blutvergießen sich aus Berlin zurückzuziehen. Als nächster Zeuge berichtet

der frühere Minister Oeser,

dab er sich am 13. März beim Ministerpräsidenten Hirsch befand, als ein Offizier des Herrn v. Lüttwitz kam, der den Herren ihre Tätigkeit mit den klassischen Worten verwarf: „Die Arbeit hier hört auf.“ Mittags kam dann Herr v. Jagow und stellte sich als Minister des Innern vor. Oeser fuhr dann mit Dominicus und Südelum in die Reichskanzlei, die ihm durchsetzt der Eisenbahner ausdrückte.

Minister Südelum ergänzte dann seine vorherige Aussage dadurch, daß er erklärte, er habe bei den Amnestieverhandlungen die Worte gebraucht: „Der Name Kapp, der Name Jagow ist eine beträchtliche Provokation, das jedes Verbandnis ausgeschlossen ist. Ja, wenn Ihr den Namen Hindenburg auf Eurer Seite hättest!“

Minister Müller vom Wiederaufbauministerium ist lange Zeit verhaftet worden, weil er eine telegraphische Anzeige des Ministers Schiller, daß der verfassungswidrigen Gewalt kein Gehorsam zu leisten sei, in seinem Ministerium verbreiteten habe. — Dann erzählte Ministerialrat Bahr vom preußischen Ministerium des Innern, daß bei der Verlegung des Ministerialgebäudes der Amtsraum sehr feierlich hergestellt und mittelein, die preußische Staatsregierung lege keinen Wert mehr auf seine Dienste und ersuche ihn, sofort das Haus zu verlassen. „Die preußische Staatsregierung“ sei der neue Innenminister v. Jagow. Der Portier hatte eine Liste von Personen, die er nicht ins Haus lassen durfte.

Der frühere Kriegsminister Reinhardt stellt als nächster Zeuge fest, daß General v. Lüttwitz am 11. März beurlaubt und General v. Oesen sein Vertreter wurde. General v. Oesen mußte wissen, daß Lüttwitz nicht ohne Genehmigung der Kommandogewalt, d. h. Rossl, seinen Posten wieder übernehmen durfte. Werner berichtet Reinhardt, daß er zu General Hülsen, wie dieser befunden, gelegt habe: „Die Regierung ist zerplatt!“ Wo die Regierung sei, habe er ihm aber nicht sagen können, weil er Hülsen nicht für zuverlässig hielt.

Bei der weiteren Vernehmung Südelum sagte dieser

über die Unterredung mit Geheimrat Dörs ergänzt aus, er

habe ihm sehr ins Gewissen geredet und Dörs habe ihm dann

ein „innerlich gedrehten Mann“ verlossen. Übrigens habe

ich, so sagte Südelum, das bekannte Mittel angewendet,

und das Alkohol zur Verflüssigung gestellt. Ein Verteidiger fragte: Bezug sich dieses bekannte Mittel nur auf Geheimrat Dörs, oder auch auf Sie? — Zeuge: Ich war natürlich so frei, auch mitzutun.

Aus der Vernehmung des Berliner Eisenbahndirektions-

präsidenten Wulf ist herzugehören, daß er auf die Frage,

ob Herr v. Wangenheim mit einem Streik der Landwirte wütte gebracht habe, antwortete: „Nein, im Gegenteil, er

wollte ja seinen Einfluß ausüben, um die Landwirte zu

Belastungen zu veranlassen.“

General Reinhardt,

der damalige Chef der Heeresleitung, bat Lüttwitz gestattet, ob er auf dem Boden der Verfassung stände. Lüttwitz verwies auf seinen Verfassungsbefreiung. In den nächsten Tagen mache aber sein Verhalten erneute Sorgen. Auch General v. Seckel wies auf die Notwendigkeit hin, Lüttwitz den Befehl über die Verteidigung zu entziehen. Nach der bekannten Aufführung bei Reinhardt wurde Lüttwitz dann beurlaubt und General v. Oesen zu seinem Vertreter ernannt. Gleichzeitig wurde Lüttwitz mitgeteilt, daß man seinen weiteren Entschließungen entgegenstehe. Das war die rücksichtsvolle und vorsichtige Haltung des Oberbefehlshabers.

General Reinhardt auf die Vorgänge am Abend des 12. März zu sprechen: Ich inspizierte die Truppe des Oberst von Todt im Regierungsbüro, sowohl wie die am Bendler-Blöck. Bei beiden fand ich klare Feindschaft, dagegen mochte sich General v. Oesen große Sorge über einen eventuellen Aufstand machen. Ich erklärte ihm aber, es muß unter allen Umständen gekämpft werden.

### Gehaltserhöhung für den Reichspräsidenten.

Im Hauptausschuß des Reichstages beantragte beim Haushalte des Reichspräsidenten der Abg. Rödder (Zent.) eine Erhöhung des Gehalts auf 500 000 und der Aufwandsgelder auf 400 000 Mk. mit Rücksicht auf die gewaltige Teuerung. Der Ausschuß befürchtet demgemäß.

### Bereitete Leistung von Wohlfahrtskartoffeln.

Ein größerer Besitzer der Mark führt Wochenspiele über die ancheinend leider nicht vereinzelte Art, wie mit Wohlfahrtskartoffeln Wohlbruch getrieben werden ist. In seinem eigenen Hall wird der Wirtschaftsausschuß eines Eisenbahnvereins um größere Kartoffellieferungen für Eisenbahnbeamte und -Arbeiter gebeten. Ein bestimmter Beamter wurde in diesem amtlichen Schreiben als besonders Beauftragter in dieser Angelegenheit bezeichnet. Diese sind Kartoffeln zu ermäßigtem Preis in größeren Mengen tatsächlich zugelassen, aber er hat mit ihnen lediglich einen schwunghaften Handel getrieben.

Leider fehlt es auch nicht an Beispielen, in denen Konsumvereine Kartoffeln zu ermäßigtem Preis erhalten und sie dann mit unerhört hohem Aufschlag verkauft haben. Die Konsumvereine wollen ja besser sein als der privatischen Kleinhandel; angeblich fehlt ihnen der kapitalistische Gesichtspunkt. Beim Wellerverkauf der Wohlfahrtskartoffeln haben aber offenbar mehrere Konsumvereine kapitalistischer gehandelt als hortig sottene Kapitalisten.

Wenn man einen Konsumverein die Kartoffeln vom Landwirt bis an die Türe seines Kellers geliefert werden und das Mitglied des Konsumvereins gleichwohl je Zentner rund 20 Mark mehr zahlen muß, als der Erzeuger berechnet hat, so wird den Landwirten, die solche Konsumvereine bestreift haben, die Hergabe von Wohlfahrtskartoffeln für immer vereitelt sein, und das ist im Hinblick auf die unverhohlene Nötigung vieler südlicher Verbraucher auf das Lebhafteste zu bedauern. Unmöglich darf die Selbstbesteuerung, die für die Landwirte in der Lieferung der Wohlfahrtskartoffeln liegt, nicht zu kapitalistischen Abschüssen von Vereinen führen, die die Selbstlosigkeit vermeintlich zum Geschäftsgrundprinzip erhoben haben.

### Das Drama von Kleppelsdorf.

Wie Frau Gruppen verschwand.

Hirschberg, 14. Dezember.

Den Hauptgegenstand der geistigen Verhandlung bildete das Verschwinden der Frau Berthold Gruppen. Als erste Zeugen wurden die Eltern ihres ersten Mannes, des Apothekermeisters Schröder, vernommen. Beide — Mann und Frau — erklärten übereinstimmend, daß ihre stolze Schwiegertochter niemals von ihrer Absicht, nach Amerika aufzumwandern, gesprochen habe. Eine solche Auswanderungslust wäre auch mit dem ganzen Charakter der Frau unvereinbar gewesen. Sie habe ihre Kinder überaus zärtlich geliebt und hätte es kaum fertig gebracht, sich für längere Zeit von ihnen zu trennen. Auch daß die Frau, wie angedeutet worden sei, in geistiger Umwelt gehandelt haben könnte, sei unwahrscheinlich.

Es folgte die Vernehmung des Notars Ahnelius aus Ahnelius, des früheren Rechtsbeistandes des Angeklagten, und seines Bureauvertreters. Bei Ahnelius hatten im September 1920 die Eltern Gruppen dies ein paar Tage darauf erfuhr, war er sehr erstaunt darüber, daß Gruppen noch seinerzeit bestreitete, daß sie ihrem Dienst nachgegangen sei. Er sprach sie überzeugend, sich bei dem in Frage kommenden Dampferschiffen in Hamburg und Bremen einzufinden, aber Gruppen hat das, seinem eigenen Bekunden nach, nicht getan. Dagegen ist er Schritte zur Einleitung einer Rechtsbeschwerde eingetreten. Als Rechtsanwalt Ahnelius dann im Februar 1921 von der Polizei in Kleppelsdorf hörte, daß er sein Büro in Gruppen's Hände zurückgab, auf die Verhältnisse des Vorstehers, daß sein ganzes Verhalten unmittelbar vor und nach dem Verschwinden seiner Frau doch mindestens merkwürdig gewesen sei, redete sich der Angeklagte in einen immer größeren Tor und Troy hinein. Aufsinnende Bildersprüche in seinen Süßigkeiten und seinen leichten Belustigungen über diesen Gegenstand hat er mit der gleichzeitigen Bemerkung: „Na, dann sind es eben Widersprüche“ ab.

Die auf das Verschwinden der Frau Gruppen bezüglichen Vernehmungen wurden dann durch ein kleines Zwischenspiel, das sich wie eine neue Sensation anführt, aber bald wieder in sich zusammenstülpt, unterbrochen. Es war dem Gericht berichtet worden, daß schon früher einmal durch ein offenes Fenster auf Dorothea Rothe geschossen worden sei. K. Bahn, die sofort vernommen wurde, erklärte, daß tatsächlich im Oktober 1919 von einem mit Schrot und Salpeter beladenen Eisenbahndirektor Bahr abgefeuert wurde. Der Schuß habe aber wahrscheinlich dem unbeschlebten Gutsinspektor Bauer gesessen. Dörthe sei überhaupt nicht im Zimmer gewesen. Ein junger Nutzer und zwei Mädche, die keinerzeit bei der Abteilung der Frau Gruppen mit dem Chepaar nach Ahnebo zum Bahnhof gefahren waren, wußten nur zu berichten, daß Gruppen und seine Frau auf der Haber sehr verängstigt gewesen seien, und daß nichts darauf hindekte, daß sie beide aus dem Zimmer geflohen wären. Dorothea Rothe habe eine Kugel auf Rimmerholz verloren, die sie selbst geschossen hat.

Ein junger Nutzer und zwei Mädche, die keinerzeit bei der Abteilung der Frau Gruppen mit dem Chepaar nach Ahnebo zum Bahnhof gefahren waren, wußten nur zu berichten, daß Gruppen und seine Frau auf der Haber sehr verängstigt gewesen seien, und daß nichts darauf hindekte, daß sie beide aus dem Zimmer geflohen wären. Dorothea Rothe habe eine Kugel auf Rimmerholz verloren, die sie selbst geschossen hat.

Ein böses L

„Gilt Dich“

„Aber der Schluß“

„Dagegen hat der Schluß“

„Der Schluß“

</div



Beschädigt, und das Gas wäre ihr entzündet. Die Verletzten waren Gelegenheitsarbeiter.

Ein Unfall des ehemaligen Kaisers. Aus Doorn wird gemeldet, daß dem ehemaligen Kaiser, der sich im Park mit Holzstöcken beschäftigt habe, ein Unfall zugeschehen sei. Ein Stück Holz, das er spaltete, flog ihm an den Kopf und verursachte eine ziemlich tiefe, heftig blutende Wunde. Er trägt jetzt einen Verband um den Kopf.

Tödlich verlaufener Fallschirmabsturz. Der französische Luftfahrer Cabot sprang in Madrid mit einem Fallschirm aus einer Höhe von 500 Metern aus einem Flugzeug ab. Er stürzte tödlich ab, da der Fallschirm sich nicht öffnete.

100 Tote bei einem Bombenattentat. Auf das Gebäude einer Versicherungsgesellschaft in Krakau wurde eine Bombe geworfen. Das Gebäude wurde völlig zerstört, und etwa hundert Soldaten und Polizisten sind getötet. Krakau ist die größte Stadt jenes Teiles von Südmagarn, der durch den Friedensvertrag von Trianon an Rumänien abgetreten wurde.

Stillegung der Cuxhavener Fischdampfer. Die gesamte Cuxhavener Fischdampfersflotte soll im Laufe dieser Woche zum Stillstand kommen. Es sind nur noch fünf Dampfer zum Fang unterwegs, von dem sie im Laufe der Woche zurückkehren werden. Seit Wochen schon können keine Fischdampfer mehr mit Kohle versorgt werden, und daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern.

Friedrich Kreißler als Gesandter. Englischen Blättermeldungen zufolge soll die österreichische Regierung den berühmten Seiger Friedrich Kreißler zum österreichischen Gesandten in Washington ernannt haben.

### Wenn du noch eine Wohnung hast...

Von Friedrich Thiele.

Wenn du noch eine Wohnung hast,  
So dank Gott und sei zufrieden!  
Nicht allen in dem deutschen Land  
Ist dieses hohe Glück beschieden.  
Wenn du noch eine Wohnung hast,  
So loßt du sie mit Liebe pflegen,  
Weil abends du dein müdes Haupt  
In Frieden kannst zur Ruhe legen!  
Zwar manche Unannehmlichkeit  
Sübt längst schon deine kleinen Träume,  
Es möht dir nach der See zu  
Das Wohnungsamt die trauten Räume:  
Zwangsmuster spendet freundlich dir,  
Die du nur ungern leicht verweilen,  
Mit ihnen mußt die Rüche du  
Und oft noch "was ganz andres" tellen!  
Die Miete steigt — Gas, Wasser, Licht,  
Sie werden unerschwingbar teuer;  
Dazu wächst noch — bald ist sie da!  
Die eine hohe Wohnungsskweif.  
Und brütet der Winter noch so sehr,  
Der Osten sperrt umsonst den Norden;  
Die Kohlen liegen doch im Preis,  
Du kannst dies nicht genüglich machen!  
Doch schreit dich selbst der Preis nicht mehr,  
So mußt du Armer dennoch frieren,  
Denn mehr bekommtst du nicht, als noch  
Der Kohlenkarre die gebühren.  
Doch zoge nicht und klappe nicht,  
Und wenn du frierst, so denke immer,  
Und wenn du zahilst: Viel tausend gibts  
In Deutschland, denen gehts noch schlimmer!  
Du hast doch immer ein Ayl  
Und "willst" dich in der eigenen Stube,  
Hast wie der Vogel, wie der Fuchs  
Doch noch dein Nest und deine Grube —  
Doch Vieles stand kaum vor dem Raum,  
Ihr müdes Haupt nachts hinzulegen,  
Und suchen ohn' Erfolg das Herz  
Des Wohnungsamtes zu bewegen.  
Schon jahrelang harret manches Paar  
Der bejäherten Ehewonnen,  
Dem Bedürftig ergaunt das Haar,  
Die Braut legt zu am laufend Sonnen;  
Manch andre hausen im Hotel,  
Kämpfern im mäßigten Zimmer —  
Doch Storch und Unglück schreiten schnell,  
Und auf die Dauer geht es nimmer.  
Das Christkind lag im Krippchen eins,  
Hilf war gewiß kein vornehmen Kosten,  
Doch zehlt wird — wie man jüngst gehört —  
Zur Wege ein Kommodenhassan.  
Die Hohnebalen baut man aus  
Und setzt dort den Chemien:  
Im tapfersten Höhnerstall  
Wohnt sich noch besser als im Freien.  
Doch, wenn du eine Wohnung hast,  
So danke Gott und sei zufrieden,  
Und wenn die auch im Wohnungsmach  
Raubzettel durch Kohlennot beschieden;  
Und läßt du beim Altenpaar auch  
Und läßt die bei den Kuckweln güllich:  
Wenn du noch eine Wohnung hast,  
So halte fest und sei gemüthig!

### Schludienst.

Trachtenrichten vom 15. Dezember.

Ein Franzose über den Fall Smeets.

Paris. In der "Humanité" schreibt Albert Matthes zum Fall des rheinischen Agitators Smeets, diesem französischen Patrioten, der sich in Bekämpfung und Verachtung der Führer der sozialistischen Bewegung nicht genug tun könnten, entlastete sich heute über die Gestaltung des Mannes, der Dorin in der Presse der rheinischen Republik abgelöst habe. Matthes fragt, was die französischen Patrioten gesagt haben würden, wenn sich 1870, als die Ostdeputierten bestellt waren, mit Einverständnis des Heimes eine Separatistenspartei gebildet hätte.

Russische Note gegen die Washingtoner Beschlüsse.

Paris. Nach einer Meldung aus Nebal hat Tschitscherin an Amerika und die anderen Mächte eine Note gerichtet, in der er dagegen protestiert, daß sich die Konferenz von Washington unter Umgehung Russlands mit der Regelung der Frage der chinesischen Ostbahnen beschäftige, die nur Russland und China interessiere. Tschitscherin flügte hinzu, Russland wälge sich jede Entscheidung der Konferenz in dieser Angelegenheit anzuerkennen.

Landen schwer erkant.

DA. Paris. Der Gefundheitszustand des französischen Staatsmanns Landau, der bekanntlich vor kurzem zum Tode verurteilt worden ist, gestaltet sich, den Blättern zufolge, sehr befürchtungswürdig. Landau ist nach dem Bericht des Gesundheitsamtes vollständig zusammengebrochen, muß das Bett hüten und verzweigt die Nahrungsaufnahme, obwohl ihm allerlei und leckste Kräuter verschrieben werden. Wenngleich im Augenblick noch keine direkte Lebensgefahr vorliegt, so gibt doch der sehr preußische Zustand Landaus zu ernsten Besorgnissen Anlaß.

### Deutsches Meisenschwimmfest für England.

DA. London. Die London und South-Wekern Eisenbahnsgesellschaft hat der englischen Regierung ein Angebot gemacht, daß gegenwärtig in Hamburg befindliche Meisenschwimmer, daß Deutschland an England als Strafe für die Versenkung der deutschen Flotte bei Scapa Flow australien müssen, fäustlich zu erwerben. Nimmt die englische Regierung diese Kaufofferte an, so will die gesuchte Gesellschaft das Boot nach Southampton überführen, wo es dann dienen soll, die Überlastung des dortigen Hafens mit zu befreien.

Personen organisieren eine Armee.

DA. London. Wie aus Leipziger gemeldet wird, beabsichtigt der persische Kriegsminister, die vor 10 Jahren unter der Leitung schwedischer Instruktoroffiziere gebildete persische Gebirgsmarke zum Grundstock eines neuen Heeres zu machen. Gleichzeitig soll die persische Kavallerie umgebildet und ebensofern den Bestand des neuen Heeres, das somit eine Stärke von 40 000 Mann erreichen würde, einverlebt werden.

### Lichtspiele

Freitag, den 16. bis Sonntag, den 18. Dezember  
erstklassiges Filmwerk

### Die sieben Todsünden.

Großes Sensationsdrama nach dem Roman von Fedor von Zobeltig.

#### Erstklassige Begleitmusik.

Anfang 1/4 Uhr und 1/4 Uhr.

Sonntag nachm. 1/5 Uhr

#### große Familien- und Kindervorstellung.

### Uhren



### Goldwaren

billigst bei  
C. Weidenhammer  
Markt 8.

Achtung!  
Radfahrer!  
Sie fahren sich vor Strafe  
durch Rauh eines  
hellglühenden

### Fahrrad-Lampe

Große Ausmahl. Wöh. Preise.

Verbandsbatterien,

Taschenlampen zu Einheits-

preisen empfohlen

Müller, Naunhof Langstr. 21.  
Veli. Rep.-Werkstatt  
und Handlung.

### Gold-

\* u.  
Silber-Waren  
Platin, Juwelen

zu hohen Preisen kauft

Rich. Kötz,  
Uhrmacher & Optiker  
Mollkestr. 38.

Dasselb. einige seine 14 kar.

goldne Herrenuhren

mit u. ohne Sprungdeckel un.

Garantie billig verhältnisch.

Gegenleistungskauf.

### Spurlos

### verschwunden

sind alle Handtaschen u. Hau-

ausdräcke, wie Blümchen, Münzen

u. d. Gebrauch der eben

Steckenpferd-

Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul

Zu kaufen i. d. Apoth. Drog. u. Parfümerien.

Guterhaltene

### Dezimalwage

unter Preisangebot zu kaufen

gefunden. Angebote, S. R. an

die Egp. dieses Blattes.

### 10-12000 Mr.

auf 2te Hypothek zu leihen ge-

sucht. Angebote, S. R. an

die Egp. dieses Blattes.

### Eine Chaiselongue

zu verkaufen.

Wurgenerstraße 37.

Zu erfragen in d. Egp. ds. Bl.

### Arbeitskundgebungen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.

Zürich. In Bern demonstrierte das Personal der Verkehrsbahnen und der Bundesverwaltungen der Schweiz gegen die Änderung der Bundesgesetze über die Arbeitszeit. Das Personal der Verkehrsbahnen brach sich gegen den Lohnabbau in jeder Form aus. Die Zürcher Arbeiter und Angestellten werden gleichfalls gegen die Arbeitszeitverlängerung demonstrieren.

Berlin, 14. Dezember. (Stand der polnischen Mark.)  
An den bewilligten Höhe wurde die Polenmark mit 6.65 wf. bewertet.

### Kirchennachrichten.

Dom. IV. Abv.

Norm. 1/11 Uhr: Gottesdienst.

Redaktion: Robert Götz, Druck und Verlag Götz & Sohn in Naunhof.



Albrechtshain  
Dieses Bl.

Gescheit  
für den  
ohne  
Gewalt,  
keinen

Nach den

sich die Arbeitnehmer  
oder Geschäftslinge

1922 ein Steu

nehmern gehörte  
und Lohnmi

Wartegeld, V

Bezügen aus der  
fall, Invalid

und von anderen  
Dienstleistung oder  
nehmer gerade im

ob der Steuerab

durch Barabähr

Behörden zugela

Die Gemein

machung zur Ab

bücher noch befor

Arbeitnehmern z

Arbeitgeber erfolg

Bis zum 2

im Bereich der Ste

Grimma,

betreffend d

für

I. Auf Gru

zum Umlaufsteuer

zur Errichtung d

onen, die eine fe

berufliche Tätigke

fordert, die vorge

Gesamtbeitrag d

einnahmen) im J

Januar 1922, je

ständigen — im B

— Umlaufsteuer

Erklärungen unter

möglich zu Proze

Als steuerpflicht

der Land- und För

des Gartenbaus

Gewinnvergleich i

Gewerbetriebes

gehöre ige freier Be

steller, Künstler u

Auch kleinste

Freiheit für Betrie

bedeutet rach dem

nicht mehr

Die Steuer

steuerpflichtigen Pe

Betriebe zum Einf

Entspre

Entspre</p